

**No. 41257. Germany and Switzerland**      **N° 41257. Allemagne et Suisse**

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS CONFEDERATION ON THE INCLUSION OF BÜSINGEN AM HOCHRHEIN IN THE SWISS CUSTOMS AREA. FREIBURG IM BREISGAU, 23 NOVEMBER 1964 [*United Nations, Treaty Series, vol. 2312, I-41257.*]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA CONFÉDÉRATION SUISSE RELATIF À L'INCLUSION DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN DANS LE DOMAINE DES DOUANES SUISSES. FRIBOURG-EN-BRISGAU, 23 NOVEMBRE 1964 [*Nations Unies, Recueil des Traités, vol. 2312, I-41257.*]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL REGARDING THE PAYMENT OF A SHARE OF THE VALUE-ADDED TAX LEVIED BY SWITZERLAND IN ITS NATIONAL TERRITORY AND IN THE TERRITORY OF THE MUNICIPALITY OF BÜSINGEN AM HOCHRHEIN UNDER THE TREATY OF 23 NOVEMBER 1964 ON THE INCLUSION OF BÜSINGEN AM HOCHRHEIN IN THE SWISS CUSTOMS AREA (WITH ANNEXES). DÖRFLINGEN, 15 DECEMBER 2000\*

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONCERNANT LE TRAITÉ DU 23 NOVEMBRE 1964 RELATIF À L'INCLUSION DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN DANS L'ESPACE DOUANIER SUISSE CONCERNANT L'ATTRIBUTION D'UNE PART DE LA TVA PRÉLEVÉE PAR LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE SUR SON TERRITOIRE NATIONAL ET DANS LA ZONE DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN (AVEC ANNEXES). DÖRFLINGEN, 15 DÉCEMBRE 2000\*

**Entry into force:** 30 August 2001 by notification, in accordance with article 10

**Authentic text:** German

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** Germany, 27 August 2021

**Entrée en vigueur :** 30 août 2001 par notification, conformément à l'article 10

**Texte authentique :** allemand

**Enregistrement auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies :** Allemagne, 27 août 2021

\*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.

\*Aucun numéro de volume n'a encore été attribué à ce dossier. Les textes disponibles qui sont reproduits ci-dessous sont les textes originaux de l'accord ou de l'action tels que soumis pour enregistrement. Par souci de clarté, leurs pages ont été numérotées. Les traductions qui accompagnent ces textes ne sont pas définitives et sont fournies uniquement à titre d'information.

**Abkommen**

**zwischen**

**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**

**und**

**dem Schweizerischen Bundesrat**

**zum Vertrag vom 23. November 1964**

**über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen am Hochrhein in  
das schweizerische Zollgebiet betreffend die Ausrichtung eines**

**Anteils der von der Schweiz in ihrem Staatsgebiet  
und im Gebiet der Gemeinde Büsingen am Hochrhein**

**erhobenen Mehrwertsteuer**

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland -  
und  
der Schweizerische Bundesrat -**

eingedenk der bewährten Politik guter Nachbarschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz,

in Erwägung des Vertrags vom 23. November 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet, im folgenden "Bü-singer Vertrag" genannt, und die damit verbundene Erhebung der schweizerischen Umsatzsteuer auf dem Gebiet der Gemeinde Büsingen,

vom Wunsch geleitet, der besonderen geographischen Lage der Gemeinde Büsingen und den damit verbundenen Sonderlasten der Gemeinde und deren Bevölkerung Rechnung zu tragen -

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1  
Zweck**

Die Schweiz, die gestützt auf Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe g des Büsinger Vertrags auch auf dem Gebiet der Gemeinde Büsingen die Mehrwertsteuer auf die Einfuhr und die dort getätigten Umsätze erhebt, beteiligt sich mit einem Anteil aus dem Mehrwertsteuerertrag an den Sonderlasten der Gemeinde Büsingen beziehungsweise deren Bevölkerung.

**Artikel 2  
Berechnungsfaktoren**

Maßgebend für die Berechnung des an die Gemeinde Büsingen auszurichtenden Betrags sind die gesamten Mehrwertsteuereinnahmen der Schweiz, das Verhältnis der Kaufkraft pro Kopf der Schweiz zu derjenigen des Gebiets Schaffhausen/Büsingen sowie das Verhältnis der mittleren Wohnbevölkerung der Gemeinde Büsingen zu derjenigen der Schweiz, jeweils bezogen auf ein Referenzjahr.

**Artikel 3  
Abzug der Verwaltungskosten**

Zur Abgeltung der mit der Erhebung der Mehrwertsteuer in der Gemeinde Büsingen sowie mit der Berechnung und der Überweisung des zu vergütenden Anteils zusammenhängenden Verwaltungskosten erfährt der Mehrwertsteueranteil eine Kürzung um 5 %.

**Artikel 4  
Berechnung des auszurichtenden Betrags**

Die Berechnung des an die Gemeinde Büsingen auszurichtenden Betrags erfolgt jährlich. Sie wird in Anlage 1 zu diesem Abkommen aufgeführt, die einen Bestandteil dieses Abkommens bildet. Als Bemessungsgrundlage wird das Mehrwertsteueraufkommen des Vorjahres herangezogen.

**Artikel 5  
Abzug der von Schweizer Stellen erbrachten Leistungen**

- (1) Vom Mehrwertsteueranteil abgezogen werden die von Schweizer Stellen (Bund und Kantone) zugunsten der Gemeinde Büsingen oder ihrer Bevölkerung erbrachten Leistungen. Diese Leistungen werden für das jeweilige Referenzjahr in Anlage 2 zu diesem Abkommen aufgeführt.
- (2) Der Abzug gemäß Absatz 1 erfährt einen Zuschlag von 30 % für nicht quantifizierbare Leistungen.
- (3) Die Eidgenössische Steuerverwaltung vergütet den Kantonen die von ihnen zugunsten der Gemeinde Büsingen erbrachten Leistungen gemäß Anlage 2 direkt.

**Artikel 6  
Gültigkeitsdauer der Berechnungen**

- (1) Die Berechnung des Prozentsatzes auf der Grundlage des Referenzjahres gemäß Anlagen 1 und 2 zu diesem Abkommen hat jeweils für fünf Jahre Gültigkeit.

- (2) Jede Partei kann auf diplomatischem Weg bis spätestens ein Jahr vor Ablauf der fünfjährigen Gültigkeitsdauer eine Neuberechnung des Prozentsatzes für die folgende fünfjährige Periode anhand eines neuen Referenzjahres verlangen.
- (3) Die Parteien verständigen sich im Rahmen der gemäß Artikel 41 des Büsinger Vertrags eingesetzten Gemischten Kommission über die der Neuberechnung des Prozentsatzes in den Anlagen 1 und 2 zugrunde zu legenden Daten.

### **Artikel 7 Fälligkeit**

- (1) Die Vergütung des gestützt auf dieses Abkommen berechneten Mehrwertsteueranteils an die Gemeinde Büsingen erfolgt erstmals für das Jahr 1999.
- (2) Der für das Kalenderjahr geschuldete Anteil wird jeweils am 30. Juni des laufenden Jahres zur Zahlung an die Gemeindekasse Büsingen fällig.
- (3) Die Zahlungen für die Jahre vor dem Inkrafttreten des Abkommens werden gemeinsam mit der erstmaligen Zahlung nach Absatz 2 fällig.

### **Artikel 8 Berichterstattung**

Die Gemeinde Büsingen erstattet der Gemischten Kommission einen jährlichen Bericht über die Verwendung des ausgerichteten Betrags.

### **Artikel 9 Streitbeilegung**

- (1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die Gemischte Kommission beigelegt.
- (2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt wird.

- (3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.
- (4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so nimmt der Vizepräsident die Ernennungen vor. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so nimmt das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vor.
- (5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

#### **Artikel 10 Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Schweizerische Bundesrat der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

**Artikel 11**  
**Geltungsdauer und Kündigung**

- (1) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren.
- (2) Sofern keine der beiden Vertragsparteien das Abkommen zwei Jahre vor Ablauf dieser Frist kündigt, bleibt es weiterhin in Kraft, wobei jeder Vertragspartei das Recht zukommt, das Abkommen auf diplomatischem Wege mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres zu kündigen.
- (3) Die Kündigung des Büsinger Vertrages hat auch die Kündigung dieses Abkommens zur Folge.

Geschehen zu Dörflingen am 15. Dezember 2000  
in zwei Urschriften in deutscher Sprache

Für die Regierung der  
der Bundesrepublik Deutschland

Für den  
Schweizerischen Bundesrat

*Klaus Bahr!*

*K. Küss*

Anlage 1  
zum  
Abkommen zwischen  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
dem Schweizerischen Bundesrat  
zum Vertrag vom 23. November 1964 über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen  
am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet  
betreffend die Ausrichtung eines Anteils der von der Schweiz in ihrem Staatsgebiet und  
im Gebiet der Gemeinde Büsingen am Hochrhein erhobenen Mehrwertsteuer  
betreffend die Berechnung des Anteils in Prozenten der auf die Gemeinde Büsingen  
entfallenden schweizerischen Mehrwertsteuereinnahmen gemäß Artikel 4 des  
vorgenannten Abkommens im Referenzjahr 1996:

-	Schweizer Franken	in %
Mehrwertsteuereinnahmen der Schweiz 1996 (gemäß Eidg. Staatsrechnung)	11.958.291.845	
Volkseinkommen pro Kopf Schweiz 1996 (gemäß Bundesamt für Statistik)	43.034	100
Volkseinkommen pro Kopf Büsingen/ Kanton Schaffhausen 1996 (gemäß Bundesamt für Statistik)	43.531	101,2
Korrekturfaktor Volkseinkommen	= 1,0	
mittlere Wohnbevölkerung Schweiz (gemäß Bundesamt für Statistik)	7.105.446	99,9792315
mittlere Wohnbevölkerung Büsingen (gemäß Gemeindeverwaltung Büsingen)	1.476	0,0207685
mittlere Wohnbevölkerung total	7.106.922	100
Anteil Gemeinde Büsingen an Gesamtbevölkerung		0,0207685
Abzug Erhebungs- und Verwaltungskosten (5%)		0,0010384
Anteil Büsingen an den Mehrwertsteuereinnahmen netto	2.359.378	0,0197301
Abzug für Leistungen der Schweiz gemäß Anlage 2	1.013.451	0,0084749
<b>Maßgebender Prozentsatz für die Berechnung des im laufenden Jahr auf die Gemeinde Büsingen entfallenden Betrags</b>		<b>0,0112552</b>



Anlage 2  
zum  
Abkommen zwischen  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
dem Schweizerischen Bundesrat  
zum Vertrag vom 23. November 1964 über die Einbeziehung der Gemeinde Büsingen  
am Hochrhein in das schweizerische Zollgebiet  
betreffend die Ausrichtung eines Anteils der von der Schweiz in ihrem Staatsgebiet und  
im Gebiet der Gemeinde Büsingen am Hochrhein erhobenen Mehrwertsteuer  
  
betreffend die Aufstellung der von Schweizer Stellen (Bund und Kantone) zugunsten  
der Gemeinde Büsingen beziehungsweise ihrer Bevölkerung erbrachten Leistungen  
gemäß Artikel 5 des vorgenannten Abkommens im Referenzjahr 1996:

		CHF	CHF
durch den Bund	Beiträge an Kuhhalter	25.847,--	
	Beiträge an Pflanzenbau	39.770,--	
	Ergänzende Direktzahlungen	170.578,--	
	Ökologische Direktzahlungen	149.743,--	
	Abgeltung Bund Postauto	110.611,--	
	Postverkehr Zoll	13.680,--	
	Abfertigung Handelswaren	9.860,--	
	Bauabrechnungen	12.670,--	
	Rückerstattung Mineralölsteuer	32.620,--	
	Subtotal quantifizierbar		565.379,--
	Zuschlag 30 % für nicht quantifizierbare Leistungen		169.613,--
<b>Subtotal Bund</b>		<b>734.992,--</b>	
durch den Kanton Schaffhausen	Schulbereich	152.520,--	
	Öffentlicher Verkehr	45.179,--	
	Arbeitslosenunterstützung	16.500,--	
	Subtotal quantifizierbar		214.199,--
	Zuschlag 30 % für nicht quantifizierbare Leistungen		64.260,--
<b>Subtotal Kanton Schaffhausen</b>		<b>278.459,--</b>	
<b>Von Schweizer Stellen zugunsten der Gemeinde Büsingen und deren Bevölkerung erbrachte Leistungen</b>			<b>1.013.451,--</b>

[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF  
GERMANY AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL

regarding the payment of a share of the value-added tax levied by Switzerland in its national territory and in the territory of the municipality of Büsingen am Hochrhein under the Treaty of 23 November 1964 on the inclusion of Büsingen am Hochrhein in the Swiss customs area,

The Government of the Federal Republic of Germany and the Federal Council of Switzerland

–  
Mindful of the enduring policy of good-neighbourliness between the Federal Republic of Germany and Switzerland, and having regard to the Treaty of 23 November 1964 between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation on the inclusion of Büsingen am Hochrhein in the Swiss customs area, hereinafter referred to as the “Büsingen Treaty”, and the levying, in connection with that Treaty, of Swiss value-added tax in the territory of the municipality of Büsingen,

Desiring to take account of the special geographical position of the municipality of Büsingen and the resulting additional financial burden for the municipality and its population,

Have agreed as follows:

*Article 1. Purpose*

Switzerland, which levies value-added tax on imports and on the turnover realized in the municipality of Büsingen on the basis of article 2, paragraph 1, subparagraph g, of the Büsingen Treaty, shall assume a part of the additional financial burden that exists for the municipality of Büsingen and its population by contributing a share of its revenue from value-added tax.

*Article 2. Calculation factors*

The amount payable to the municipality of Büsingen shall be based on the overall value-added tax revenue of Switzerland, the ratio of the purchasing power of Switzerland to that of the Schaffhausen/Büsingen area and the ratio of the mean resident population of the municipality of Büsingen to that of Switzerland in a given reference year.

*Article 3. Deduction of administrative costs*

To account for the administrative costs occasioned by the levying of value-added tax in the municipality of Büsingen and by the calculation and transfer of the share to be paid, 5 per cent shall be deducted from the value-added tax share due.

*Article 4. Calculation of the amount payable*

The amount payable to the municipality of Büsingen shall be calculated yearly. It is set out in annex 1 to this Agreement, which forms an integral part of the Agreement. The calculation shall be based on the value-added tax revenue for the previous year.

*Article 5. Deduction for services provided by Swiss government bodies*

(1) Services provided by Swiss government bodies (federal and cantonal) for the benefit of the municipality of Büsingen and its population shall be deducted from the value-added tax share due. The services provided in the current reference year are detailed in annex 2 to this Agreement.

(2) The deduction described in paragraph 1 shall be increased by 30 per cent for non-quantifiable services.

(3) The Swiss Federal Tax Administration shall reimburse the cantons directly for the services provided by them to the municipality of Büsingen, as shown in annex 2.

*Article 6. Period of validity of the calculations*

(1) Each calculation of the percentage on the basis of the reference year as shown in annexes 1 and 2 to this Agreement shall be valid for five years.

(2) Either Party may, no later than one year before the end of each five-year validity period, request through the diplomatic channel that the percentage for the coming five-year period be recalculated on the basis of a new reference year.

(3) The Parties shall come to an understanding about the data that are to underlie the recalculation of the percentage in annexes 1 and 2 within the Mixed Commission established under article 41 of the Büsingen Treaty.

*Article 7. Payment date*

(1) The first payment to the municipality of Büsingen of a value-added tax share calculated on the basis of this Agreement shall be made for the year 1999.

(2) The share owed for a given calendar year shall be payable to the municipal cashier of Büsingen on 30 June of the current year.

(3) Amounts for the years preceding the entry into force of this Agreement shall be payable together with the first payment referred to in paragraph 2.

*Article 8. Reporting*

Once every year, the municipality of Büsingen shall report to the Mixed Commission about the use made of the payments.

*Article 9. Settlement of disputes*

(1) Disputes about the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by the Mixed Commission.

(2) If a dispute cannot be settled in that manner, either Contracting Party may request that the dispute be submitted to an arbitration tribunal for a decision.

(3) The arbitration tribunal shall be formed case by case, as follows: each Contracting Party shall appoint a member, and both members shall agree upon a citizen of a third country who shall serve as the chair and who shall be appointed by the Governments of both Contracting Parties. The members shall be appointed within two months, and the chair within three months, after one

Contracting Party has informed the other of its wish to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) Unless otherwise agreed, if the time limits referred to in paragraph 3 are not observed, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a citizen of either Contracting Party or is otherwise prevented from acting on the request, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is also a citizen of either Contracting Party or is also otherwise prevented from acting on the request, the highest-ranking member of the Court who is not a citizen of either Contracting Party shall make the appointments.

(5) The arbitration tribunal shall decide by simple majority on the basis of the treaties existing between the Contracting Parties and general international law. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its member and of its representation in the proceedings before the arbitration tribunal; the costs of the chair and other costs shall be shared equally by the Contracting Parties. The arbitration tribunal may decide on a different allocation of the costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall decide on its own procedures.

*Article 10. Entry into force*

This Agreement shall enter into force on the day on which the Swiss Federal Council notifies the Government of the Federal Republic of Germany that the domestic requirements for entry into force have been fulfilled. The effective date shall be the date on which the notification is received.

*Article 11. Period of validity and termination*

(1) This Agreement shall be valid for a period of five years.

(2) Unless either Contracting Party terminates the Agreement at least two years before the end of that period, it shall remain in force; each Contracting Party shall have the right to terminate the Agreement through the diplomatic channel, subject to a notice period of two years before the end of the calendar year.

(3) Termination of the Büsingen Treaty shall entail the termination of this Agreement.

DONE at Dörflingen on 15 December 2000 in two originals in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

[SIGNED]

For the Swiss Federal Council:

[SIGNED]

## ANNEX 1

TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL

regarding the payment of a share of the value-added tax levied by Switzerland in its national territory and in the territory of the municipality of Büsingen am Hochrhein

under the Treaty of 23 November 1964 on the inclusion of Büsingen am Hochrhein in the Swiss customs area,

containing the calculation of the percentage of the share of Swiss value-added tax payable to the municipality of Büsingen under article 4 of the Treaty for the reference year 1996:

-	Swiss francs	Percentage
Value-added tax revenue for Switzerland for 1996 (according to the federal financial statements)	11 958.291 845	
National income per capita in Switzerland for 1996 (according to the Federal Statistics Office)	43 034	100
Income per capita Büsingen/ Schaffhausen Canton for 1996 (according to the Federal Statistics Office)	43 531	101.2
National income correction factor	= 1,0	
Mean resident population of Switzerland (according to the Federal Statistics Office)	7 105 446	99.9792315
Mean resident population of Büsingen (according to the Büsingen municipal council)	1 476	0.0207685
Total mean resident population	7 106 922	100
Share of the municipality of Büsingen in the population total		0.0207685
Deduction for the cost of tax collection and administration (5%)		0.0010384
Net share of Büsingen in	2 359 378	0.0197301

the value-added tax revenue collected		
Deduction for services provided by Switzerland in accordance with annex 2	1 013 451	0.0084749
Percentage on which the calculation of the amount payable to the municipality of Büsingen for the current year is to be based		0.0112552

## ANNEX 2

TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL

regarding the payment of a share of the value-added tax levied by Switzerland in its national territory and in the territory of the municipality of Büsingen am Hochrhein

under the Treaty of 23 November 1964 on the inclusion of Büsingen am Hochrhein in the Swiss customs area,

containing a summary of the services provided by Swiss public bodies (federal and cantonal) for the benefit of the municipality of Büsingen and its population under article 5 of the Agreement in the reference year 1996:

		CHF	CHF
Through the Confederation	Subsidies to cattle farmers	25 847.00	
	Subsidies for crop farming	39 770.00	
	Direct supplementary payments	170 578.00	
	Direct environmental payments	149 743.00	
	Federal contribution for Postauto bus service	110 611.00	
	Postal customs	13 680.00	
	Customs processing of merchandise	9 860.00	
	Construction tax	12 670.00	
	Reimbursement of petroleum tax	32 620.00	
	Subtotal, quantifiable		565 379.00
	30 % supplement for non-quantifiable services		169 613.00
	Subtotal, Confederation		734 992.00
Through the Canton of Schaffhausen	Schools	152 520.00	

	Public transport	45 179.00	
	Unemployment benefits	16 500.00	
	Subtotal, quantifiable		214 199.00
	30 % supplement for non-quantifiable services		64 260.00
	Subtotal, Canton of Schaffhausen		278 459.00
Services provided by Swiss public bodies for the benefit of the municipality of Büsingen and its population		1 013 451.00	



Translation

**Agreement**

**between**

**the Government of the Federal Republic of Germany**

**and**

**the Swiss Federal Council**

**to the Treaty on the Inclusion of Büsingen am Hochrhein in the**

**Swiss Customs Area of 23 November 1964**

**concerning the Payment of a Proportion of the Value Added Tax**

**Levied by Switzerland in its National Territory and in the Territory of**

**Büsingen am Hochrhein**

**The Government of the Federal Republic of Germany -  
and  
the Swiss Federal Council -**

Bearing in mind the proven policy of good neighbourliness between the Federal Republic of Germany and Switzerland,

Considering the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Swiss Confederation on the Inclusion of Büsingen am Hochrhein in the Swiss Customs Area of 23 November 1964, hereinafter referred to as "the Büsingen Treaty", and the consequent levying of Swiss value added tax in the territory of Büsingen,

Prompted by the desire to take due account of the particular geographical situation of Büsingen and the special burden which this places on the municipality and its population,

Have agreed as follows:

[...]

**Article 10**  
**Entry into force**

This Agreement shall enter into force on the date on which the Swiss Federal Council has informed the Government of the Federal Republic of Germany that the national requirements for such entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the communication is received.

**Article 11**  
**Duration and termination**

- (1) This Agreement shall be valid for a period of five years.
- (2) Should neither of the parties give notice to terminate the Agreement two years before the end of this period, the Agreement shall remain in force, with each party having the right to terminate it through diplomatic channels by giving two years' notice to the end of a calendar year.
- (3) The termination of the Büssinger Treaty shall also effect the termination of this Agreement.

Done at *Dörflingen* on *15 December 2000* in duplicate in the German language

[...]

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONCERNANT LE TRAITÉ DU 23 NOVEMBRE 1964 RELATIF À L'INCLUSION DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN DANS L'ESPACE DOUANIER SUISSE CONCERNANT L'ATTRIBUTION D'UNE PART DE LA TVA PRÉLEVÉE PAR LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE SUR SON TERRITOIRE NATIONAL ET DANS LA ZONE DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN,

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Conseil fédéral suisse,

Conscients de la politique durable de bon voisinage entre la République fédérale d'Allemagne et la Suisse, et vu le Traité du 23 novembre 1964 entre la République fédérale d'Allemagne et la Confédération suisse relatif sur l'inclusion de la commune de Büsingen am Hochrhein dans le territoire douanier suisse, ci-après dénommé « Traité de Büsingen », et la perception, dans le cadre de ce Traité, de la taxe suisse sur la valeur ajoutée sur le territoire de la commune de Büsingen,

Désireux de tenir compte de la situation géographique particulière de la commune de Büsingen et de la charge financière supplémentaire qui en résulte pour la commune et sa population,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier. Objet*

La Suisse, qui prélève la taxe sur la valeur ajoutée sur les importations et sur le chiffre d'affaires réalisés dans la commune de Büsingen en application de l'article 2, paragraphe 1, alinéa g, du Traité de Büsingen, prend en charge une partie de la charge financière supplémentaire infligée à la commune de Büsingen et à sa population par la rétrocession d'une partie du produit qu'elle perçoit de la taxe sur la valeur ajoutée.

*Article 2. Facteurs de calcul*

Le calcul du montant revenant à la commune de Büsingen est basé sur le produit global de la taxe sur la valeur ajoutée de la Suisse, sur le rapport entre le pouvoir d'achat de la Suisse et celui de la région de Schaffhouse/Büsingen et sur le rapport entre la population résidente moyenne de la commune de Büsingen et celle de la Suisse pour une année de référence donnée.

*Article 3. Déduction des frais d'administration*

Pour tenir compte des frais administratifs occasionnés par la perception de la taxe sur la valeur ajoutée dans la commune de Büsingen ainsi que par le calcul et le transfert de la part à payer, 5 % sont déduits de la part de la taxe sur la valeur ajoutée à payer.

*Article 4. Calcul du montant à payer*

Le montant à payer à la commune de Büsingen est calculé annuellement. Il est visé à l'annexe 1 du présent Accord, qui en fait partie intégrante. Le calcul est basé sur le produit de la taxe sur la valeur ajoutée de l'année précédente.

*Article 5. Déduction pour les services fournis par des organismes publics suisses*

1. Les prestations fournies par des organismes publics suisses (fédéraux et cantonaux) au profit de la commune de Büsingen et de sa population sont déduites du montant à payer de la part de la taxe sur la valeur ajoutée. Les services fournis au cours de l'année de référence courante sont précisés à l'annexe 2 du présent Accord.

2. La déduction visée au paragraphe 1 est majorée de 30 % pour les prestations non quantifiables.

3. L'Administration fiscale fédérale suisse rembourse directement les cantons des prestations qu'ils ont fournies à la commune de Büsingen, comme indiqué à l'annexe 2.

*Article 6. Période de validité des calculs*

1. Chaque calcul du pourcentage sur la base de l'année de référence figurant aux annexes 1 et 2 du présent Accord est valable pendant cinq ans.

2. Chaque Partie peut, au plus tard un an avant la fin de chaque période de validité de cinq ans, demander par la voie diplomatique que le pourcentage pour la période de cinq ans à venir soit recalculé sur la base d'une nouvelle année de référence.

3. Les Parties s'entendent sur les données qui doivent sous-tendre le nouveau calcul du pourcentage visé aux annexes 1 et 2 au sein de la Commission mixte établie en application de l'article 41 du Traité de Büsingen.

*Article 7. Date de paiement*

1. Le premier paiement à verser à la commune de Büsingen d'une part de la taxe sur la valeur ajoutée calculée en application du présent Accord est effectué pour l'année 1999.

2. La part due pour une année civile donnée est payable à la Trésorerie de la commune de Büsingen le 30 juin de l'année en cours.

3. Les montants relatifs aux années précédant l'entrée en vigueur du présent Accord sont payables en même temps que le premier paiement visé au paragraphe 2.

*Article 8. Établissement de rapports*

Une fois par an, la commune de Büsingen fait rapport à la Commission mixte de l'utilisation des paiements.

*Article 9. Règlement des différends*

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés, dans la mesure du possible, par la Commission mixte.

2. Si un différend ne peut être ainsi réglé, l'une ou l'autre des Parties peut demander qu'il soit soumis à la décision d'un tribunal d'arbitrage.

3. Le tribunal d'arbitrage est constitué au cas par cas de la manière suivante : chaque Partie contractante nomme un membre et ces deux membres se mettent d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers et qui est nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres doivent être nommés dans un délai de deux mois et le président dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle une Partie contractante a fait part à l'autre de son intention de saisir un tribunal d'arbitrage du différend.

4. Sauf accord contraire, si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chaque Partie contractante peut demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est ressortissant de l'une ou l'autre Partie contractante ou si, pour une autre raison, il est empêché d'exercer cette fonction, le Vice-président est invité à procéder aux nominations. Si le Vice-président est lui aussi ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est autrement empêché de donner suite à la demande, le membre de la Cour de rang le plus élevé qui n'est pas ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes procède aux nominations.

5. Le tribunal d'arbitrage rend sa sentence à la majorité simple des voix en se fondant sur les traités en vigueur entre les Parties contractantes et sur le droit international général. Ses décisions ont force obligatoire. Chaque Partie contractante prend à sa charge les frais du membre qu'elle a désigné ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage. Les frais du président du tribunal d'arbitrage et les autres dépenses sont pris en charge à parts égales par les Parties contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut décider d'une répartition différente des frais. À tous autres égards, le tribunal d'arbitrage arrête lui-même sa procédure.

#### *Article 10. Entrée en vigueur*

Le présent Accord entre en vigueur le jour où le Conseil fédéral suisse notifie la République fédérale d'Allemagne de l'accomplissement des conditions prévues par son droit interne pour son entrée en vigueur. La date de prise d'effet correspond à la date de réception de la notification.

#### *Article 11. Période de validité et dénonciation*

1. Le présent Accord est conclu pour une période de cinq ans.

2. L'Accord restera en vigueur, à moins que l'une des Parties contractantes ne le dénonce au moins deux ans avant la fin de cette période ; chaque Partie contractante a le droit de dénoncer l'accord par la voie diplomatique, moyennant un préavis de deux ans avant la fin de l'année civile.

3. La dénonciation du Traité de Büsingen entraîne la dénonciation du présent Accord.

FAIT à Dörflingen le 15 décembre 2000, en deux exemplaires originaux en langue allemande.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

[SIGNÉ]

Pour le Conseil fédéral suisse :

[SIGNÉ]

## ANNEXE 1

À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONCERNANT LA RÉTROCESSION D'UNE PART DU PRODUIT DE LA TAXE SUR LA VALEUR AJOUTÉE PRÉLEVÉE PAR LA SUISSE SUR SON TERRITOIRE NATIONAL ET SUR LE TERRITOIRE DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN EN APPLICATION DU TRAITÉ DU 23 NOVEMBRE 1964 RELATIF À L'INCLUSION DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN DANS L'ESPACE DOUANIER SUISSE

contenant le calcul du pourcentage de la part du produit de la taxe sur la valeur ajoutée revenant à la commune de Büsingen en application de l'article 4 du Traité pour l'année de référence 1996 :	Francs suisses	Pourcentage
-		
Produit de la taxe sur la valeur ajoutée suisse pour 1996 (selon les états financiers fédéraux)	11 958.291 845	
Revenu national par habitant en Suisse pour 1996 (selon l'Office fédéral de la statistique)	43 034	100
Revenu par habitant dans le canton de Büsingen/Schaffhouse pour 1996 (selon l'Office fédéral de la statistique)	43 531	101,2
Facteur de correction du revenu national	= 1,0	
Population résidente moyenne de la Suisse (selon l'Office fédéral de la statistique)	7 105 446	99,9792315
Population résidente moyenne de Büsingen (selon le conseil municipal de	1 476	0,0207685

Büdingen)		
Total de la population résidente moyenne	7 106 922	100
Part de la commune de Büdingen dans le total de la population		0,0207685
Déduction des frais de perception et d'administration (5 %)		0,0010384
Part nette de Büdingen dans le produit perçu de la taxe sur la valeur ajoutée	2 359 378	0,0197301
Déduction pour les services fournis par la Suisse conformément à l'annexe 2	1 013 451	0,0084749
Pourcentage sur lequel est basé le calcul du montant revenant à la commune de Büdingen pour l'année courante		0,0112552



## ANNEXE 2

À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONCERNANT LA RÉTROCESSION D'UNE PART DU PRODUIT DE LA TAXE SUR LA VALEUR AJOUTÉE PRÉLEVÉE PAR LA SUISSE SUR SON TERRITOIRE NATIONAL ET SUR LE TERRITOIRE DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN EN APPLICATION DU TRAITÉ DU 23 NOVEMBRE 1964 RELATIF À L'INCLUSION DE LA COMMUNE DE BÜSINGEN AM HOCHRHEIN DANS L'ESPACE DOUANIER SUISSE

contenant un résumé des prestations fournies par des organismes publics suisses (fédéraux et cantonaux) au profit de la commune de Büsingen et de sa population en application de l'article 5 de l'Accord pendant l'année de référence 1996 :		CHF	CHF
Par la Confédération	Subventions aux éleveurs de bovins	25 847,00	
	Subventions pour l'agriculture vivrière	39 770,00	
	Paiements supplémentaires directs	170 578,00	
	Paiements environnementaux directs	149 743,00	
	Contribution fédérale au service de bus Postauto	110 611,00	
	Douanes postales	13 680,00	
	Traitement douanier des	9 860,00	

	marchandises		
	Impôt sur les constructions	12 670,00	
	Remboursement de l'impôt sur le pétrole	32 620,00	
	Sous-total, quantifiable		565 379,00
	Majoration de 30 % pour prestations non quantifiables		169 613,00
	Sous-total, Confédération		734 992,00
Par le canton de Schaffhouse	Écoles	152 520,00	
	Transports en commun	45 179,00	
	Prestations de chômage	16 500,00	
	Sous-total, quantifiable		214 199,00
	Majoration de 30 % pour prestations non quantifiables		64 260,00
	Sous-total, canton de Schaffhouse		278 459,00
Prestations fournies par des organismes publics suisses au profit de la commune de Büsingen et de sa population		1 013 451,00	